



Buch Das Anti-Crash-Buch

Staatsbankrott und Inflation überstehen

Janne Jörg Kipp und Rolf Morrien
FinanzBuch, 2011

Rezension

Die Journalisten Janne Jörg Kipp und Rolf Morrien erklären in ihrem leicht verständlichen Finanzratgeber die verfahrenere Situation nach dem Platzen der Immobilienblase in den USA. Sie warnen vor Staatsbankrotten insbesondere in Europa; selbst Deutschland steht ihrer Meinung nach am Abgrund. Ein Zerfall der europäischen Gemeinschaftswährung ist laut den Autoren nicht auszuschließen, ebenso wenig eine Geldentwertung als Folge der extremen Überschuldung. Was also tun? Kipp und Morrien raten zu einem Mix aus Aktien, Edelmetallen und Immobilien, und sie erklären dankenswerterweise auch, welche Finanzprodukte Anleger warum meiden sollten. Man kann den Autoren den Vorwurf machen, die Zusammenhänge zu simpel zu schildern und komplexe Hintergründe auszublenden. Doch liegt gerade in seiner Einfachheit und Schlüssigkeit die Stärke des Buchs. Wer Orientierung und konkrete Empfehlungen sucht, für den ist das Werk genau richtig. *BooksInShort* empfiehlt es allen, die dem Chaos zu Leibe rücken und ihr Vermögen in Sicherheit bringen wollen.

Take-aways

- Die Staatsverschuldung wächst dank Zinseszinsseffekt unaufhaltsam.
- Trotz der großen Krise werden wir nicht den großen Crash, den Zusammenbruch unserer Gesellschaft, erleben.
- Mit einer langfristigen gefährlichen Deflationsphase ist ebenfalls nicht zu rechnen.
- Die USA kann der Abwärtsspirale womöglich entkommen.
- Der Euro steht vor dem Aus. Europa wird neu geordnet werden.
- Schichten Sie Ihr Vermögen in Sachwerte um. So können Sie seinen Wert erhalten.
- Als Faustformel ist es ratsam, in Immobilien, Edelmetalle und Aktien zu investieren.
- Wandelanleihen und selbst genutzte Immobilien sind ebenfalls gute Investments.
- Lebensversicherungen sind das liebste Kind der Deutschen, aber keine gute Geldanlage.
- Anti-Krisen-Aktien sind British American Tobacco, Coca-Cola, L'Oréal, McDonald's, Nestlé und Procter & Gamble.

Zusammenfassung

Die Staatsschulden explodieren

Die Staatsschulden in Europa und den USA steigen rasant. Zurückzuführen ist die dramatische Entwicklung auf den Zinseszinsseffekt: Allein die Zinslasten führen zu einer stetigen Neuverschuldung. Politische Beweggründe verschärfen das Problem. So schaffen Politiker gerne Subventionen und Steuervergünstigungen, um ihre Klientel zu umgarnen. In Deutschland beträgt die Staatsverschuldung pro Einwohner laut dem Bund der Steuerzahler mittlerweile mehr als 24 000 €. In Wahrheit sind die Kreditlasten noch weitaus höher, denn die Statistiken bilden nicht das tatsächliche Ausmaß der katastrophalen Lage ab. Jede Kapitalgesellschaft in Deutschland muss alle absehbaren Risiken und Schulden aus laufenden Vorgängen in Form von Rückstellungen in der Bilanz abbilden. Diese Vorgehensweise ist aus Vorsichtsgründen auch für den öffentlichen Haushalt empfehlenswert. Auf den Staat übertragen bedeutet dies: Pensionsansprüche der Beamten, Ansprüche anderer Bediensteter, Ansprüche der Sozialkassen wie Kranken-, Pflege- oder Rentenversicherungen sind schon heute abzubilden. Andere absehbare künftige Belastungen wie Investitionen in die Infrastruktur sollten ebenfalls aufgezeigt werden. Dies ist aber aktuell nicht der Fall.

„Vergessen Sie den Euro. Er war – freundlich formuliert – ein Irrtum der Weltgeschichte.“

Ein weiteres Problem sind die Sozialkassen: Diese leeren sich in einer atemberaubenden Geschwindigkeit, was mit der Überalterung der Bevölkerung zusammenhängt. Die Zuschüsse zur Rentenkasse werden steigen. Die wachsende Kapitallücke muss der Staat entweder mit Steuern oder mit neuen Schulden finanzieren.

Angst vor Deflation und Massenarmut ist übertrieben

Ein Crash, sprich der Zusammenbruch unserer Gesellschaft, ist nicht zu befürchten. Aber freilich sind wir mit massiven Problemen konfrontiert. Staatspleiten in Europa sind durchaus zu erwarten. Es gibt auch Stimmen, die vor einer gefährlichen Deflation warnen. Diese Deflations-Mahner argumentieren wie folgt: In einer Deflation sinken die Preise, und die Verbraucher schränken ihre Nachfrage stark ein, weil sie erwarten, dass die Preise noch weiter sinken und sie dann für das gleiche Geld mehr kaufen können. Für Unternehmen hätte dies zur Folge, dass sie ihre Produktion zurückfahren müssten, was wiederum die Arbeitslosigkeit erhöhen würde. Weil Arbeitslose kaum Geld für den Konsum übrig haben, könnte ein Teufelskreis mit Massenarmut und Protesten entstehen.

„Es ist paradox: Deutschland hat einst für die Stabilitätsregeln gekämpft und gehört jetzt selbst zu den ‚Sündern‘, die dagegen verstoßen. Ein Musterschüler sieht anders aus.“

Trotz dieses einleuchtenden Szenarios ist nicht mit einer langwierigen Deflationsphase zu rechnen. Denn die Politik hat ein großes Interesse an einer Inflation. Die Geldentwertung lässt sich länger verstecken, und mit Wohltaten und Infrastrukturprojekten können Politiker auf Stimmenfang gehen, mit Sparmaßnahmen dagegen nicht. Von Angstsparen in den USA und Deutschland kann keine Rede sein. Die Konsumenten sparen nur deshalb mehr, weil die Banken die Kreditvergabe reduziert haben. In Deutschland ist die Sparrate gestiegen, weil die Menschen am Aktienmarkt viel Geld verloren haben. Das Platzen der Internetblase im Jahr 2000, die Terroranschläge vom 11. September 2001, die Börsenkrise 2002 und die Finanzkrise 2008 haben das Vertrauen in die Aktienmärkte erschüttert. Trotz aller Sorgen ist die Konsumfreude nach wie vor groß. Es sind keine nennenswerten neuen Blasen entstanden, insofern sind die Warnungen vor einer drohenden Deflation übertrieben.

USA und Japan in der Krise

Nach dem Platzen der Immobilienblase in den USA hat sich der Häusermarkt noch nicht erholt. Zurückzuführen ist das u. a. auf den schwachen Arbeitsmarkt. In Krisen bauen amerikanische Arbeitgeber radikal ihren Personalbestand ab, in Aufschwungphasen stellen sie normalerweise entsprechend aggressiv ein. Diesmal ist es aber anders: Obwohl sich die Konjunktur seit mehreren Quartalen erholt, verharrt die Arbeitslosenquote auf einem hohen Niveau. Alarmierend ist auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Positiv ist, dass seit Ausbruch der Krise die private Verschuldung von 130 auf 116 % des verfügbaren Einkommens gesunken ist. Doch selbst wenn die Quote auf 100 % hinuntergehen sollte, ist das immer noch erschreckend hoch; immerhin bilden jedoch Immobilienkredite den größten Anteil, und die sind durch Vermögenwerte (Häuser) gedeckt. Alles in allem schreitet die Erholung in den USA langsamer voran, als viele gehofft haben. Dennoch besteht Hoffnung, dass die USA der Abwärtsspirale entkommen können.

„Sowohl Deutschland als auch die gesamte EU wie die USA sind deutlich höher verschuldet als offiziell ausgewiesen.“

Japan pumpte nach Erdbeben und Tsunami an einem einzigen Tag Hunderte Milliarden in die Wirtschaft. Damit setzt die Regierung das Gelddrucken fort. Japans Notenbank kauft auch Unternehmensanleihen auf, um die Geldmenge im Land zu erhöhen. Problematisch daran ist: Mit den Anleihekäufen erhält Tokio schwache Firmen künstlich am Leben, die nicht überlebensfähig sind.

Der Euro vor dem Aus

Ein Bankrott der Europäischen Gemeinschaft ist wahrscheinlich. Zu einem Chaos wird es indes nicht kommen, vielmehr wird es eine Neuformierung geben. Grund für das negative Szenario ist die Verschuldung, die stärker zulegt als die Wirtschaftsleistung. Der einzige Ausweg wären strikte Sparmaßnahmen. So wünschenswert sie sind, politisch lassen sie sich nicht durchsetzen. Es gibt in der Geschichte keinen Staat, der sich ausschließlich mit Sparen saniert hat. Was als Ausweg bleibt, ist die Erhöhung der Einnahmen durch mehr Steuern, Beiträge und Gebühren. Doch das kann den Staatsbankrott nur aufschieben, aber nicht verhindern. Der Euro ist zum Spielball der Spekulanten geworden. Maßgeblich für den Welthandel sind der chinesische Yuan und der Dollar. Beide kämpfen derzeit um die Vorherrschaft. Der Euro spielt als Reservewährung nur eine untergeordnete Rolle. Auf eine Pleite Griechenlands könnten Portugal, Spanien, Irland, Italien und Belgien folgen.

Tipps für Anleger

So reagieren Anleger auf die Krise:

- Der eingeweihte Kreis, das so genannte „**Smart Money**“, hat sich längst auf die Krise vorbereitet. Diese Gruppe hat ihr Geld und Vermögen aus der Eurozone abgezogen und in sichere Häfen, z. B. die Schweiz, transferiert.
- Das „**Big Money**“, also die superreichen Familien, die ihr Vermögen in Hedgefonds, Family-Offices oder Pensionsfonds horten, schichtet zunehmend in Gold um. Gold wird aber als Fluchtbürg nicht ausreichen, darum zählen auch Schwellenländer wie Brasilien zu den neuen Zielen für die Kapitalflucht.
- Die dritte Gruppe, die **breite Masse**, flieht als letztes Glied der Kette aus dem Euro. Gold und Silber stehen in der Gunst dieser Anleger hoch. Die norwegische Krone, der australische Dollar und der Schweizer Franken sind außerdem als Alternative für den Euro gefragt. Weitere Anlageziele sind Aktienfonds aus Luxemburg sowie Mischfonds. Aus Geldmarktfonds flüchten die Menschen bereits.
- Zu den Verlierern werden vor allem die **Nachzügler** zählen: Menschen, die auf Kapitallebensversicherungen gesetzt haben, dürften einen Großteil ihres Vermögens verlieren. Der Grund dafür ist der Schuldenberg und die damit verbundene Inflation.

„Es ist auf keinen Fall mit einer länger anhaltenden Deflation zu rechnen, die nachhaltig wirtschaftliche Strukturen schädigen kann.“

Schichten Sie Ihr Vermögen rechtzeitig in Sachwerte um. So können Sie zumindest seinen Wert erhalten. Diversifizieren Sie in verschiedene Anlageklassen, um die Gefahr staatlichen Zugriffs auf Ihr Vermögen zu reduzieren.

So läuft die Krise ab

Dieses Szenario ist das wahrscheinlichste:

1. Die Eurozone wird neu geordnet. Der Bankrott Deutschlands verzögert sich dadurch.
2. Weil die Staaten weiter Geld drucken, wird die Teuerungsrate angeheizt.
3. Die Preise für Immobilien, Edelmetalle oder Aktien ziehen mit der Inflation an.
4. Der Staat sperrt Geldkonten; Vermögen wird konfisziert.
5. Geldvermögen auf Bankkonten verlieren stark an Wert, konservative Sparer sind demnach die großen Verlierer.
6. Private Schulden gegenüber Banken hebt der Staat per Gesetz an. Staatsschulden dagegen verlieren an Wert.
7. Die Regierung zieht Sachvermögen z. T. zur Finanzierung heran, etwa in Form von Immobilienabgaben.

„Massenproteste gegen eine Inflation wird es erst in Spätphasen geben, in denen sich die gemeine Bevölkerung nicht mehr vernünftig versorgen kann.“

Den perfekten Schutz für Ihr Vermögen gibt es nicht. Es ist aber ratsam, in Sachwerte wie Immobilien, Edelmetalle und Aktien zu investieren. Diese Anlagen sollten Sie streuen. Je produktiver Ihre Sachwerte, desto besser. Selbst genutzter Wohnraum ist sehr produktiv.

Welche Geldanlagen geeignet sind und welche nicht

Diese Anlagen sind unter der Maßgabe einer langfristigen Vermögenssicherung ungünstig:

- **Lebensversicherungen** sind das liebste Kind der Deutschen. Es gibt zahlreiche Arten, von fondsgebundenen Lebensversicherungen über Renten- und Risiko- bis hin zu Kapitallebensversicherungen. Weil der Wertverlust bei Kapitalversicherungen dramatisch ausfallen wird, sollten Sie keine neuen Policen abschließen. Bestehende Verträge sollten Sie aber wegen der hohen Stornokosten keineswegs kündigen, sondern beitragsfrei stellen.
- **Zertifikate** sind riskant. Unter bestimmten Umständen darf der Emittent den Handel aussetzen. Spezielle Arten, vor allem Hebelprodukte, können mit Totalverlust enden.
- **Rentenfonds** und **Mischfonds** mit einem geringen Aktienanteil sollten Sie verkaufen.
- **Schulden** zu machen, mit dem Ziel, auf die Inflation zu warten, die sie dann auffrisst, ist nicht ratsam. Schulden sind ökonomisch grundsätzlich falsch.
- **Kunst** als Anlage ist kompliziert. Wer langfristig investieren will, braucht einen Berater mit exzellenten Spezialkenntnissen.
- Rein theoretisch ist **Holz** als Krisenschutz gut geeignet, doch ist eine solche Investition in der Praxis nicht leicht umsetzbar.
- **Vermietungsobjekte** werden durch staatliche Eingriffe reglementiert, insbesondere was Mietzins und Kündigung angeht. Weil nur 43 % der Haushalte in Deutschland Eigentümer sind, neigt der Staat dazu, die Rechte der Mieter zu stärken.

„Über Nacht werden Geldkonten gesperrt, erreichbares Vermögen kann teilweise konfisziert werden, der Staat legt eine Grundausstattung fest.“

Empfehlenswerte Anlageformen sind dagegen die folgenden:

- **Wandelanleihen** versprechen einen jährlichen Zins; zusätzlich besteht eine Umtauschoption in eine bestimmte Aktie. Am Laufzeitende kann also der Besitzer die Anleihen zu einem vorab bestimmten Preis in neue Aktien eintauschen. So wird aus einem Geldvermögen ein Sachvermögen.
- **Gold** und **Silber** können bei der Wertsicherung helfen. Investieren Sie aber nicht mehr als 15–20 % Ihres Vermögens in Edelmetalle.
- Eine selbst genutzte **Immobilie** eignet sich zur Zukunftssicherung. Mindestens 20–30 % des Vermögens sollten Sie in Immobilien anlegen. In Deutschland gibt es immer mehr Single-Haushalte, das löst in den kommenden Jahren einen Nachfrageschub nach Wohnungen aus, die Preise werden wahrscheinlich steigen.
- Diese sechs **Anti-Krisen-Aktien** können als wichtige Bausteine für Ihr Depot dienen: British American Tobacco, Coca-Cola, L'Oréal, McDonald's, Nestlé, Procter & Gamble.

Über die Autoren

Janne Jörg Kipp ist Chefredakteur des *Neuen Deutschen Geldanlagebriefs*. Der Ökonom hat sich auf Unternehmensberatung und Kapitalschutz spezialisiert.
Rolf Morrien leitet seit 2002 als Chefredakteur den Börsendienst *Der Depot-Optimierer*.
